

Wie lange hält der Burgfriede diesmal?

Stürmisch war es am bayerischen Kirchsee beim Treffen des designierten CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz mit CSU-Chef Markus Söder. Stürmisch ging es zuletzt aber auch zwischen den Schwesterparteien zu. Nun soll alles besser werden. Mal wieder.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN CSU-Chef Markus Söder hätte auch ins Sauerland fahren können, um den künftigen Vorsitzenden der viel größeren Schwesterpartei CDU zu treffen. Doch Friedrich Merz reiste nach Bayern, genauer gesagt an den Kirchsee. Noch ist Merz eben „nur“ Bundestagsabgeordneter ohne Amt, Söder hingegen stolzer Parteichef und Ministerpräsident. Da ist klar, wer wem die Aufmerksamkeit zu machen hat.

So also geschehen am Montag. Und weil gerade der Bajuware es mag, Politik über Bilder zu vermitteln – erinnert sei nur an seine pompöse Boots- und Kutschfahrt mit Angela Merkel im Juli 2020 zum Schloss Herrenchiemsee – entstanden Hochglanzfotos der beiden Politiker am See. Merz stiehlt im konservativen Janker, Söder im Anorak mit vom Wind zerzausten Haaren. Keine Presse, keine Statements, es habe aber eine „gute und intensive Abstimmung“ gegeben, twitterte Söder anschließend freudig. Was man halt so schreibt.

Diesmal freilich ohne Subtext. In der Vergangenheit hatte Söder nur allzu oft die gute Zusammenarbeit mit dem gescheiterten Kanzlerkandidaten und CDU-Chef Armin Laschet beschworen, sogar seine volle Unterstützung zugesichert, um zugleich noch irgendwo ein kleines verbales Foul zu verstecken. Stürmisch wie am See ging es im vergangenen Jahr zwischen den Schwesterparteien zu, intern spricht mancher heute sogar von „offener Feldschlacht“ während des Wahlkampfes. Danach warf man sich dann gegenseitig vor, für das Debakel bei der Bundestagswahl verantwortlich gewesen zu sein. Selbst Merz mischte mit: So ließ er noch im Oktober letzten Jahres wissen, der



Wiederentdeckte Einigkeit: CSU-Parteichef Markus Söder (links) und sein designerter CDU-Amtskollege Friedrich Merz am Ufer des Kirchsees FOTO: PETER KNEFFEL/DPA

Umgang zwischen den Schwesterparteien rund um die Bundestagswahl sei „stillos, respektlos und streckenweise rüpelhaft“ gewesen. Viele sahen darin eine klare Kritik an Markus Söder.

Unionisten sagen, dass der Sauerländer und der Bayer eher in Abneigung miteinander verbunden sind. Es herrscht der neue Burgfriede, die schwesterliche Versöhnung. Oder doch nicht? „Aus der erbitterten Gegnerschaft zwischen Markus Söder und Friedrich Merz ist natürlich nicht über Nacht plötzlich eine große Freundschaft geworden“, glaubt der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke, Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“. Söder und Merz würden jetzt eine „kühl kalkulierte Zweckgemeinschaft“ eingehen. Beide seien schließlich aufeinander angewiesen, so von Lucke. „Söder auf Merz, weil der CSU-Mann unbedingt die bayerische Landtagswahl 2023 gewinnen muss, um nicht als Versager

in die Geschichte einzugehen. Und Merz auf Söder, weil der CDU-Mann nur mit einer starken, geeinten Union im Rücken die Chance hat, 2023 als Parteivorsitzender bestätigt zu werden.“ Und dann? Die wundersame Freundschaft zwischen

„Aus der erbitterten Gegnerschaft zwischen Markus Söder und Friedrich Merz ist natürlich nicht über Nacht plötzlich eine große Freundschaft geworden.“

Albrecht von Lucke
Politikwissenschaftler

Söder und Merz werde spätestens wieder enden, wenn der Kampf um die nächste Kanzlerkandidatur der Union beginne, sagt der Experte.

Bis dahin wird der Wind freilich noch oft den oberbayerischen

Kirchsee nordöstlich von Bad Tölz aufwühlen. Zuletzt mussten öfter mal zwischen CDU und CSU die Wogen geglättet werden. Vor drei Jahren beispielsweise reiste die damalige CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer zur CSU-Klausur ins Kloster Seeon. Nach dem Asylstreit im Sommer 2018 zwischen Horst Seehofer und Angela Merkel, der fast zum Bruch der Fraktionsgemeinschaft geführt hätte, galt es, das Miteinander beider Parteien wieder zu befrieden. Kramp-Karrenbauer und Söder gelang dies.

Doch dann machten politische Fehler, persönliche Eitelkeiten und der Machtkampf um die Kanzlerkandidatur alles wieder zunichte. Soweit soll es künftig aber nicht mehr kommen. In der Union wird daher intensiv darüber beraten, wie solche Eskalationen künftig verhindert werden können. Die noch amtierende CDU-Parteivize Julia Klöckner betont, das Treffen von Merz und Söder werde „keine Ein-

tagsfliege“ sein. CDU und CSU seien nur gemeinsam stark. „Das wissen Friedrich Merz und Markus Söder“, sagt Klöckner. Dabei gehe es nicht darum, welche der beiden Schwesterparteien größer sei, „sondern es geht um Augenhöhe“.

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Jungen Union, Tilman Kuban, ist das Gespräch von Söder und Merz zwar ein richtiges Signal zur Geschlossenheit gewesen, „aber eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“. Es brauche einen Unionsrat, „der die persönlichen Verbindungen zwischen den Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern von CDU und CSU stärkt, gemeinsam die neue Programmatik der Union entwickelt, ausdiskutiert und beschließt“. Kuban weiter: „Es sollte das große Familientreffen auf die Treffen der Vorsitzenden und Führungsgremien folgen.“ An diesem Mittwoch schalten sich erst einmal die Präsidien von CDU und CSU zusammen, um die Aus-

Erdogan plant neue Maßnahmen gegen Inflation

ANKARA (ap) Die Inflation in der Türkei ist nach offiziellen Angaben auf den höchsten Stand seit 19 Jahren geschnellt. Gegenüber dem Vorjahresmonat seien die Preise im Dezember um durchschnittlich 36,08 Prozent gestiegen, teilte die Statistikbehörde am Montag mit. Das sei der höchste Wert seit September 2002. Nahrungsmittel seien sogar 43,8 Prozent teurer gewesen. Allein gegenüber November seien die Verbraucherpreise um 13,58 Prozent gestiegen.

Präsident Recep Tayyip Erdogan versprach nach einer Kabinettsitzung, die Inflation einzudämmen. „Was immer der Grund ist, wir bedauern, dass unsere Bürger mit so einem Bild konfrontiert sind. Wir sind entschlossen, der Inflation das Genick zu brechen und sie so schnell



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan
FOTO: -/XINHUA/DPA

wie möglich in den einstelligen Bereich zurückzubringen“, erklärte er.

Die Inflation in der Türkei steigt, seit die Zentralbank im September auf Druck Erdogans den Leitzins um fünf Prozentpunkte senkte. Das hat die türkische Lira geschwächt. Importe, Kraftstoffe und Waren des täglichen Bedarfs sind teurer geworden. Einige der rund 84 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner können nur noch mit Mühe Nahrung und andere wichtige Dinge bezahlen. Andere kaufen ausländische Währungen oder Gold, um ihre Ersparnisse zu sichern.

Im Dezember ordnete Erdogan Stützungsmaßnahmen für die Lira an. Sie gewann daraufhin gegenüber ausländischen Währungen an Wert, hat aber einige dieser Gewinne wieder eingebüßt. Insgesamt hat die Lira gegenüber dem US-Dollar 2021 rund 44 Prozent an Wert verloren.

Erdogan verwies am Montag auf Exportsteigerungen. Diese hätten 2021 um 32,9 Prozent auf umgerechnet 198,1 Milliarden Euro zugenommen, dieser Rekord laufe auf eine Verringerung des Außenhandelsdefizits um 7,8 Prozent hinaus. Das Exportziel für 2022 solle auf 220 Milliarden Euro angehoben werden.

Grüne unterstützen Frank-Walter Steinmeiers Kandidatur

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

BERLIN Für den Bundespräsidenten beginnt das neue Jahr mit einer positiven Nachricht: Überraschend teilen die Grünen am Dienstagmorgen mit, dass sie eine zweite Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier unterstützen. Damit kann Steinmeier, der erst am Mittwoch seinen 66. Geburtstag feiert, am 13. Februar mit seiner Wiederwahl rechnen. Dass die SPD ihren ehemaligen Außenminister und Fraktionschef unterstützt, war ohnehin gesetzt. Auch die FDP hatte bereits früh ihre Bereitschaft erklärt, Steinmeier zu wählen.

Steinmeier sei ein „sehr guter und hoch angesehener Bundespräsi-



Nach der Zustimmung der Grünen dürfte der Weg in eine zweite Amtszeit für Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gebahnt sein.
FOTO: HIRSCHBERGER/DPA

dent, der sich in seiner ersten Amtszeit große Verdienste um unser Land erworben hat“, heißt es jetzt in der Stellungnahme, die von den Grünen-Bundesvorsitzenden Annalena

Baerbock und Robert Habeck sowie den Fraktionsvorsitzenden Katharina Dröge und Britta Haßelmann unterzeichnet wurde. „Insbesondere seiner starken Stimme für den

demokratischen Zusammenhalt gebühren unser Respekt und unsere Unterstützung.“ Deswegen werde den von den Grünen benannten Mitgliedern der Bundesversammlung empfohlen, ihre Stimmen für Steinmeier abzugeben.

Die Union wiederum lässt bislang offen, wie sie sich bei der Wahl am 13. Februar verhalten will. In den Unionsparteien wird diskutiert, eine Frau als Gegenkandidatin aufzustellen – eine Bundespräsidentin gab es in der deutschen Geschichte noch nicht.

Mit der Entscheidung der SPD nach der erfolgreichen Wahl, mit Bärbel Bas eine Frau an die Spitze des Bundestags zu stellen, war be-

reits eine Vorentscheidung für Steinmeier getroffen worden. Wäre statt Bas etwa SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich berufen worden, wäre es für Steinmeier als weiterer Mann in einem obersten Staatsamt eng geworden. Bei den Grünen hatte sich die ehemalige Fraktionschefin und jetzige Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt bereits für das Amt der nächsten Bundestagspräsidentin warm gelaufen – doch ihre Ambitionen wurden gestoppt.

Steinmeier selbst hat immer wieder erkennen lassen, dass er durch die Corona-Pandemie sein Wirken noch nicht als vollendet begreift. Er sieht den Aufbruch Deutschlands in das Zeitalter der Digitalisierung und

des Klimaschutzes – und wie beides die Gesellschaft zu zerreißen droht. Er will Orientierung geben, seinen Teil dazu beitragen, die lebendige Demokratie in Deutschland zu bewahren, sie fortzuentwickeln. Auch deswegen hatte er seine Kandidatur in die Waagschale geworfen.

Die Bundesversammlung setzt sich aus den 736 Bundestagsabgeordneten und einer gleich großen Zahl an Landesvertretern zusammen. Dabei sind die Bundesländer proportional nach Größe der Bevölkerung vertreten. Von den insgesamt 1472 Mitgliedern der Bundesversammlung dürften die Ampel-Parteien eine Mehrheit von 776 Mitgliedern stellen.

Europäische Grüne prüfen Klage gegen EU-Atompläne

BRÜSSEL (dpa) Die Europäischen Grünen erwägen eine Klage gegen die Pläne der EU-Kommission, Atomkraft und fossiles Gas als nachhaltig einzustufen. „Die EU-Kommission weiß, dass ihr Vorschlag rechtlich anfechtbar ist und nicht auf besonders festen Beinen steht“, sagte der Co-Vorsitzende Thomas Waitz der Zeitung Die Welt.

Nach einem Vorschlag der EU-Kommission sollen Investitionen in neue Gaskraftwerke insbeson-

dere auf Wunsch Deutschlands übergangsweise als klimafreundlich eingestuft werden können. Auch Investitionen in neue Atomkraftwerke – vor allem in Frankreich geplant – sollen unter bestimmten Bedingungen als grün klassifiziert werden können. Diese im Fachjargon Taxonomie genannte Einstufung soll mehr Geld in nachhaltige Technologien und Unternehmen lenken und so zur Klimaneutralität Europas bis 2050 beitragen.

Julian Assange sitzt seit 1000 Tagen in Haft

LONDON (dpa) Am heutigen Mittwoch sind es exakt 1000 Tage, die Wikileaks-Gründer Julian Assange im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh festgehalten wird. Der 50 Jahre alte Australier war zunächst zu knapp einem Jahr Haft wegen Verstoßes gegen seine Kautionsauflagen verurteilt worden. Er hatte sich zuvor jahrelang in der ecuadorianischen Botschaft dem Zugriff der Behörden entzogen, die ihn wegen Vergewaltigungsvorfällen in Schweden suchten. Die Anklage wurde später jedoch aus Mangel

an Beweisen fallen gelassen. Seit fast zwei Jahren wird er nun ohne Verurteilung festgehalten, denn die USA fordern seine Auslieferung.

Im juristischen Tauziehen mit Washington musste Assange erst vor Kurzem einen heftigen Rückschlag hinnehmen. Der Londoner High Court gab dem Berufungsantrag der USA statt und hob das von einem anderen Gericht verhängte Auslieferungsverbot wieder auf. Nun warten die Anwälte Assanges darauf, die Erlaubnis für eine erneute Berufung vor dem obersten

britischen Gericht, dem Supreme Court, zu erhalten.

Die US-Justiz wirft Assange vor, gemeinsam mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan sowie eine riesige Zahl diplomatischer Depeschen gestohlen und auf der Internetplattform Wikileaks veröffentlicht zu haben. Damit sei das Leben amerikanischer Informanten in vielen Ländern in Gefahr gebracht worden. Für die US-Ermittler ist Assange ein Spion. Ihm droht ein Straf-

maß von bis zu 175 Jahren.

Assanges Unterstützer argumentieren, die Veröffentlichungen hätten Kriegsverbrechen aufgedeckt. Beispielsweise zeigte ein Video die absichtliche Tötung von Zivilisten durch die Besatzung eines US-Hubschraubers im Irak. Anders als Assange musste sich von den beteiligten Soldaten bislang kein einziger vor Gericht verantworten.

Produktion dieser Seite:
David Seel
Lea Kasseckert